

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Technologieoffenheit gewährleisten – Entwicklung und Produktion von alternativen Kraftstoffen forcieren

Der Landtag wolle beschließen:

Auch nach den Verhandlungen der EU-Umweltminister am 28.06.2022 in Luxemburg ist die Haltung der Bundesregierung zu der Frage, ob Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor über das Jahr 2035 hinaus eine Zulassung erhalten, mehr als unklar. Diese Unklarheit und die widersprüchlichen Aussagen der Koalitionspartner verunsichern weiterhin Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Verbraucherinnen und Verbraucher gleichermaßen.

Eine einseitige und ideologiebasierte Fokussierung auf die Elektromobilität führt wiederum zu neuen Abhängigkeiten, die es zu vermeiden gilt. Vielmehr ist es an der Zeit, sämtliche zur Verfügung stehenden Instrumente und Technologien, wie synthetische Kraftstoffe oder fortschrittliche Biokraftstoffe, zu bündeln, damit die Mobilität der Zukunft für alle Menschen bezahlbar bleibt, Arbeitsplätze – bspw. in der Zulieferindustrie – gesichert und die Klimaschutzziele erreicht werden. Eine unausgewogene Fokussierung auf lediglich einen Technologiezweig schränkt den Spielraum für neue Entwicklungen und Innovationen erheblich ein.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission und die im Herbst dieses Jahres damit einhergehenden Trilog-Verhandlungen auf europäischer Ebene werden entscheidend für die Umstellung von fossilen auf synthetische Kraftstoffe und den Beitrag des Verbrennungsmotors zur Erreichung der Klimaschutzziele sein.

Festzuhalten ist, dass der Transformationsprozess nur gelingen kann, wenn alle zur Verfügung stehenden Instrumente und Technologien eingesetzt werden, die deutsche Automobilindustrie praktikable Vorgaben erhält und in den gesamten Transformationsprozess eingebunden wird. Zusätzlich wird es entscheidend darauf ankommen, dass die Mobilität für Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleibt, um die Akzeptanz für den Transformationsprozess in der Mobilität zu erhöhen.

Ausgegeben: 11.07.2022

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Bundesregierung auf,

1. sich auf nationaler und europäischer Ebene eindeutig zur Technologieoffenheit zu bekennen;
2. sich bei der Europäischen Kommission und bei den Trilog-Verhandlungen dafür einzusetzen, dass synthetische Kraftstoffe im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte angerechnet werden können, sodass Neufahrzeuge im Pkw-, Nutzfahrzeug- und Lkw-Bereich mit Verbrennungsmotoren mit E-Fuels CO<sub>2</sub>-neutral genutzt werden können;
3. klimafreundliche Alternativen zur Elektromobilität, beispielsweise Wasserstoffverbrenner und synthetische Kraftstoffe, gleichermaßen zuzulassen, und eine Strategie zur Produktion und Etablierung zu erarbeiten sowie für Rechtssicherheit, für nachvollziehbare Investitionsbedingungen und für faire Regulierungen zu sorgen;
4. sich im EU-Ministerrat bei den Beratungen zur aktuellen Reform der EU-Energiesteuerrichtlinie dafür einzusetzen, dass die vorgeschlagenen Mindeststeuersätze der EU-Kommission für alle erneuerbaren, klimaneutralen Energieträger umgesetzt werden;
5. sich ambitioniert für Projekte zur Entwicklung und Herstellung von synthetischen Kraftstoffen in EU-Mitgliedstaaten sowie in Drittstaaten einzusetzen, mit dem Ziel einer zügigen Produktion von E-Fuels.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.